

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

vol. XXXI 4-2015

GRAUZONEN DER ARBEIT

Schwerpunktredaktion: Claudia Cerda-Becker,
Johanna Sittel,
Stefan Schmalz

Herausgegeben von:
Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)
Austrian Journal of Development Studies

Herausgeber: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den
österreichischen Universitäten

Redaktion: Tobias Boos, Julia Eder, Gerald Faschingeder, Karin
Fischer, Margit Franz, Daniel Görgl, Inge Grau, Markus Hafner-Auinger,
Karen Imhof, Johannes Jäger, Johannes Knierzinger, Bettina Köhler,
René Kuppe, Bernhard Leubolt (verantwortlich), Jasmin Malekpour-
Augustin, Andreas Novy, Clemens Pfeffer, Stefan Pimmer, Petra
Purkharthofer, Kunibert Raffer, Lukas Schmidt, Gregor Seidl, Anselm
Skuhra, Koen Smet

Board of Editors: Henry Bernstein (London), Dieter Boris (Marburg),
John-ren Chen (Innsbruck), Hartmut Elsenhans (Leipzig), Jacques Forster
(Genève), John Friedmann (St. Kilda), Peter Jankowitsch (Wien), Franz
Kolland (Wien), Helmut Konrad (Graz), Uma Kothari (Manchester),
Ulrich Menzel (Braunschweig), Jean-Philippe Platteau (Namur), Dieter
Rothermund (Heidelberg), Heribert Steinbauer (Wien), Paul Streeten
(Boston), Osvaldo Sunkel (Santiago de Chile)

Produktionsleitung: Clemens Pfeffer
Umschlaggestaltung: Clemens Pfeffer
Titelbild: Johanna Sittel

Inhalt

- 4 CLAUDIA CERDA-BECKER, JOHANNA SITTEL, STEFAN SCHMALZ
Die Grauzonen der Arbeit: Zum Verhältnis von Informalität
und Formalität im globalen Kapitalismus
- 12 BIRGIT MAHNKOPF, ELMAR ALTVATER
Informelle Arbeit und das Leben in Unsicherheit
- 36 ANDREA KOMLOSY
Informalität aus globalhistorischer Perspektive
- 59 JOHANNA SITTEL, NATALIA BERTI, LUCIANA BUFFALO,
STEFAN SCHMALZ, REGINA VIDOSA
Reflexionen zum Informalitätskonzept am Beispiel der
argentinischen Automobilindustrie
- 83 FLORIAN BUTOLLO, JAKOB KÖSTER, JOHN LÜTTEN
Von der Informalität zur Prekarität? Die Widersprüche der
Re-Regulierung von Arbeit in China
- 105 OLAF TIETJE
Tagelöhner_innen in Andalusien
- 125 SchwerpunktredakteurInnen und AutorInnen
- 130 Impressum

OLAF TIETJE

Tagelöhner_innen in Andalusien¹

Die Landwirtschaft ist für Spanien einer der wichtigsten Wirtschaftszweige. Im Jahr 2012 basierten etwa 7,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes auf der landwirtschaftlichen Produktion, und etwa eine Million Menschen (4,6 Prozent der Gesamtbeschäftigtenzahl) waren dort offiziell beschäftigt (vgl. BMELV 2013: 3). Der Großteil des produzierten Obst und Gemüse ist für den Export vor allem nach Nordeuropa bestimmt und mittlerweile für die spanische Exportbilanz wichtiger geworden als die Automobilindustrie; insbesondere Tomaten stehen hier an erster Stelle (vgl. BMELV 2013: 4; Secretaría General Técnica 2014: 28).

Diese Entwicklung nahm ihren Ausgangspunkt im Verlauf der verhältnismäßig späten Industrialisierung großer Teile Spaniens Mitte der 1960er Jahre. Von diesem Zeitpunkt an wurden viele der traditionell vor allem auf den Latifundien (Großgrundbesitzen) in Andalusien beschäftigten *jornaleros* (Tagelöhner_innen) langfristig nicht mehr benötigt (vgl. Bernecker 1984: 123ff). Die Mitte der 1980er Jahre mit der *Transición* (Phase der Demokratisierung Spaniens ab 1975, vgl. Köhler 1993: 12ff) eingeleiteten strukturellen Veränderungen der Wirtschaft bedeuteten anschließend vor allem die Fokussierung auf eine immobilienbasierte Kapitalakkumulation und die wirtschaftliche Orientierung auf den Tourismussektor (vgl. Huke/Tietje 2014b: 375). Auf diese Weise konnten verhältnismäßig sichere Arbeitsplätze in anderen Bereichen jenseits der Landwirtschaft geschaffen werden (vgl. Observatorio Metropolitano 2011: 30f). Vor diesem Hintergrund erhöhte sich auch die Attraktivität der Lohnarbeitssuche in Andalusien für Migrant_innen aus außereuropäischen Ländern, sodass die Produzent_innen von nun an zunehmend auf vor allem marokkanische Landarbeiter_innen setzten (vgl. Martínez Veiga 2001: 38; Izcarra Palacios/Andrade Rubio 2004: 4). Viele der Arbeiten – gerade in den Treib-

häusern in der Provinz Almería – werden weiterhin per Hand ausgeführt. Die *jornaler@s* arbeiten dort oftmals für sehr niedrige Löhne, sehr viele Stunden am Tag, häufig ohne Arbeitsvertrag, und viele von ihnen haben keine in der EU gültigen Papiere (vgl. Hartkemeyer 2007: 96; Martínez Veiga 2001: 81ff; Tietje 2015a: 136).

Die marokkanischen *jornaler@s* gelten vor allem aufgrund ihrer ‚Flexibilität‘ und der niedrigen Entlohnung als unverzichtbar für die andalusische Landwirtschaft (vgl. Izcará Palacios/Andrade Rubio 2004: 4; Tietje 2015b). Es fällt ihnen deutlich schwerer, sich gegen die ausbeuterischen Arbeitsbedingungen zur Wehr zu setzen, da sie einerseits weniger um ihre Rechte wissen (vgl. Izcará Palacios/Andrade Rubio 2004: 6) und andererseits weniger Möglichkeiten haben, diese wahrzunehmen und auch durchzusetzen (vgl. Islam 2008; Schmidt/Schwenken 2006: 41). Gewerkschaften tun sich allgemein oft schwer damit, sich als Vertretung der illegalisierten Arbeiter_innen zu verstehen. Gerade im Kontext informeller Beschäftigungsverhältnisse sind traditionelle Gewerkschaftsmitgliedschaften schwer möglich, und die Arbeiter_innen stehen oftmals auch innerhalb der Gewerkschaften vor dem Problem einer rechtlichen Gleichstellung bzw. werden der Sorge um nichtmigrantische Arbeiter_innen gegenübergestellt (vgl. Köhler/Calleja Jiménez 2013: 4; Schmidt/Schwenken 2006: 42ff).

Das Anliegen dieses Artikels ist es, vor dem Hintergrund von migrantischer Arbeit in Andalusien und der andalusischen Provinz Almería, die Verhältnisse von informeller Arbeit, Gewerkschaften und der Produktion von Gemüse zu analysieren. Dabei wird im Fokus stehen, wie sich informelle Arbeit in der Region Andalusien und insbesondere in der Provinz Almería gewandelt hat und welche Bedeutung die Mehrheitsgewerkschaften in diesem Zusammenhang haben. Für diese Perspektive stehen vor allem die Konzepte kontrollierender Praktiken und Techniken sowie Ausbeutungsverhältnisse im Vordergrund – ohne aber lediglich auf viktimisierende Diskurse zu fokussieren. Kontrolle ist konzeptionell für diesen Artikel insofern von Relevanz, als in den letzten Jahrhunderten in Andalusien von den jeweiligen Regierungen, Großgrundbesitzer_innen und in Teilen auch den (Mehrheits-)Gewerkschaften im Kontext der Landwirtschaft immer wieder nach Möglichkeiten gesucht wurde, die Flexibilität und Widerständigkeit der *jornaler@s* in informellen Beschäftigungsverhältnissen zugunsten der Produzent_innen zu rahmen (vgl. Izcará Pala-

cios/Andrade Rubio 2004: 7). Ausbeutung war aus Sicht der *jornaler@s* immer Teil dieser Beschäftigungsverhältnisse (vgl. Köhler 1993), und informelle Lohnarbeit kennzeichnet in vielen Fällen noch immer die Rahmenbedingungen der andalusischen Landarbeit (vgl. Bonilla et al. 2011; Hartkemeyer 2007; Tietje 2015b).

Grundlage dieses Artikels sind teilnehmende Beobachtungen, Expert_inneninterviews, narrative Interviews und die Analyse einschlägiger Literatur sowie kontextbezogener Dokumente mittels der *Grounded Theory* (vgl. Tietje 2015a). Die für den vorliegenden Beitrag verwendeten empirischen Daten basieren auf Forschungen im Rahmen meines Promotionsprojektes. Die Interviews wurden von 2012 bis 2015 mit Menschen geführt, die entweder in aktivistischen Zusammenhängen der Bewegungen engagiert bzw. als Arbeiter_innen tätig oder an einer gewerkschaftlichen oder journalistischen Wissensproduktion beteiligt sind. Die Interviews mit Einzelpersonen wurden vollständig anonymisiert sowie den Interviewten Pseudonyme zugeordnet, alle anderen auf die jeweilige Organisation reduziert.

Der Artikel ist in vier Abschnitte gegliedert. Im ersten Abschnitt wird die Entwicklung der Landwirtschaft in Andalusien am Beispiel der Provinz Almería dargestellt (1). Daran anschließend wird auf das Verhältnis von Gewerkschaften und informeller Arbeit in Andalusien eingegangen (2). Im dritten Abschnitt werden diese beiden Thematiken mit der aktuellen Situation und der Differenzkategorie Migration verschränkt gelesen (3). Abschließend werden noch einmal die Kontinuitäten nachgezeichnet und auf die Verschiebungen verwiesen, um von dieser Warte aus auf mögliche Veränderungen zu orientieren (4).

1. *Latifundismo* in Andalusien: Von Feudalherren zu Agrarunternehmer_innen

Im franquistischen Spanien (1936–1975) wurde bereits früh die auf konservativen Privilegienerhalt und die Ausweitung der Bourgeoisie orientierte Politik deutlich. Alle republikanischen Landumverteilungen wurden nach Ende des Spanischen Bürgerkrieges rückgängig gemacht (vgl. Watson 2005: 9). Die von Großgrundbesitz geprägten Regionen – wie etwa

Andalusien – blieben lange Zeit strukturell benachteiligt und die landlose Bevölkerung sehr arm. Lediglich in einigen wenigen Projekten an der Küste, wie in Almería ab den 1950er Jahren, orientierte die Regierung auch auf strukturelle Veränderungen, die die Umverteilung öffentlichen Landes vorsahen (vgl. Centellas Soler et al. 2009: 63).

In den 1940er und 1950er Jahren waren die Lebensbedingungen in Andalusien für große Teile der Landbevölkerung noch immer derart schlecht, dass tausende Landarbeiter_innen die Region verließen und in urbanere Regionen oder nach Lateinamerika auswanderten (vgl. Berger et al. 1978: 204; Bernecker 1984: 123ff; Watson 2005: 9). Trotz des sogenannten Stabilisierungsplans der Regierung ab 1959 konnten sich auch später viele Menschen in den agrarisch geprägten Regionen Spaniens nicht mehr von der Landwirtschaft ernähren. In erster Linie profitierten die Großgrundbesitzer_innen durch die beginnende Mechanisierung und den parallel fortgesetzten Einsatz der *jornaler@s* von den ausgesprochen niedrigen Produktionskosten (vgl. Berger et al. 1978: 202f; Nohlen/Hildenbrand 1992: 27; Köhler 1993: 232). Die Landarbeiter_innen wurden weitestgehend informell beschäftigt, und infolgedessen fehlten ihnen kontinuierliche Arbeitszeiten ebenso wie Kündigungsschutz, und in vielen Fällen auch Sozial- oder Krankenversicherungen sowie der Zugang zu Bildung (vgl. Izcarra Palacios/Andrade Rubio 2004: 7; Köhler 1993: 252; zu informeller Arbeit: Altvater 2006: 189). Besonders in Andalusien spielt der *latifundismo* auch heute noch eine wichtige Rolle (vgl. Bernecker 1984: 16; Nohlen/Hildenbrand 1992: 55; Watson 2005: 7f).

In diesem Sinne veränderten sich vor allem die Orientierungen der Großgrundbesitzer_innen, die gegenwärtig eher als Agrarunternehmer_innen und weniger als Feudalherren agieren (vgl. Köhler 1993: 272). Deutlich wird dies in der veränderten Struktur der Beschäftigungsverhältnisse auf dem Land im Zusammenhang mit den Latifundien. Das Monopol der Lohnarbeit liegt nicht mehr wie bis Ende der 1950er Jahre bei den Großgrundbesitzer_innen (vgl. Berger et al. 1978: 198). Vor allem die Möglichkeit der Emigration und der Arbeit in der Bauindustrie hat das direkte Abhängigkeitsverhältnis der andalusischen Arbeiter_innen von den Großgrundbesitzer_innen gelöst. Weiter wurden Anbaumethoden modernisiert, und entsprechend wurde zunehmend industriell produziert. Allgemein handelten die Großgrundbesitzer_innen ab der auf spanische

Autarkie orientierten Phase (bis Ende der 1950er Jahre) deutlich marktorientierter als zuvor (vgl. Berger et al. 1978: 202f; Bernecker 1984: 123ff). Aber noch 1969 lagen Almería und andere andalusische Regionen unabhängig vom allgemein rasanten Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens in Spanien 46 Prozent unter dem nationalen Einkommensdurchschnitt (vgl. Bernecker 1984: 129).

Auf den Latifundien arbeiteten bis Mitte der 1960er Jahre beinahe ausschließlich *jornaler@s* (vgl. Watson 2005: 8). Dieser Form der Landwirtschaft standen etwa in der Provinz Almería familiär betriebene Kleinbetriebe gegenüber (vgl. Centellas Soler et al. 2009: 18; Hartkemeyer 2007: 93; Martínez Veiga 2001: 32f). Der *latifundismo* entstand in Andalusien bereits im 13. Jahrhundert aus Landgeschenken der Könige an Militärs und Kirchenoberhäupter für ihre ‚Dienste‘ in den *Reconquista* genannten Feldzügen zur Eroberung der südlichen iberischen Halbinsel (vgl. Köhler 1993: 225; Watson 2005: 7). Dieses Prinzip der Verwaltung und des Regierens erhielt sich bis ins 20. Jahrhundert, da auch in der franquistischen Ära:

„[A]lle spanischen Regierungen in der Diktatur von Franco hatten Repräsentanten der landbesitzenden andalusischen Bourgeoise, von den Leuten, die das große Land besitzen. Dies ist sehr wichtig, weil es darauf hinweist, dass [...] die Macht [...] in Andalusien auf dem Großgrundbesitz basiert.“ (Interview SOC/SAT Sevilla 2012, Übers. OT; vgl. hierzu auch Giner/Sevilla 1984: 134f; Köhler 1993: 224)

Entsprechend waren bis Mitte der 1970er Jahre kaum Veränderungen für die durch *latifundismo* dominierten Provinzen zu erwarten (vgl. Bernecker 1984: 123). Die Arbeits- und Lebensverhältnisse der *jornaler@s* in den an die Latifundien grenzenden Dörfern waren durch „saisonale, witterungsabhängige Beschäftigungen bei ständig wechselnden Arbeitgebern, insgesamt nur wenige Monate im Jahr“ (Köhler 1993: 252), gekennzeichnet. Die Anstellung erfolgte dabei oft tageweise und zu ausgesprochen niedrigen Löhnen.

Im Küstenstreifen der Provinz Almería wurden Reformen hauptsächlich als Resultat vorrangig populistischer Maßnahmen im Kontext der Isolierung Spaniens und der ideologischen Identifizierung des franquistischen Staates mit der Landwirtschaft als „Symbol des traditionellen

Spaniens“ (Centellas Soler et al. 2009: 63, Übers. OT; vgl. auch Köhler 1993: 238) eingeleitet. In den 1950er Jahren wurden von Ingenieuren des INC (Nationales Institut zur Kolonisation) Siedlungen entworfen und (öffentliches) Land parzelliert (vgl. Martínez Veiga 2001: 18; Rivera Menéndez 2000: 51). Auf diese Weise sollten vor allem die landlosen *jornaler@s* aus den armen Regionen wie der Alpujarra (Region in den Bergen zwischen Almería und Granada) in den Südwesten der Provinz umgesiedelt werden können (vgl. Centellas Soler et al. 2009: 13; Hartkemeyer 2007: 94). Dergestalt wurde der Antagonismus von *jornaler@s* und Großgrundbesitzer_innen (vgl. Oliver 2000: 144) für die ehemals ärmste Provinz Andalusiens aufgehoben und das rebellische Potenzial auf diese Weise kontrolliert, während in anderen, deutlicher vom Großgrundbesitz geprägten Provinzen Andalusiens der Gegensatz weitestgehend bestehen blieb und viel stärker zur (gewerkschaftlichen) Selbstorganisation der Tagelöhner_innen führte (vgl. Morales Ruiz 2000: 179ff).

Gegenwärtig konzentrieren sich in der Provinz Almería etwa 40.000 Hektar Treibhäuser, in denen unter anderem ca. 23 Prozent (1.094.000 Tonnen) der gesamten spanischen Tomatenproduktion (4.880.725 Tonnen) im Jahr wachsen (vgl. Secretaría General Técnica 2014: 28). Diese Ballung von Treibhausproduktionsflächen wurde entlang der anfangs an Boden und Landwirtschaft orientierten franquistischen Ideologie geplant. Das INC parzellierte das Land für die Ansiedelung von *jornaler@s* und ihren Familien in der trockenen Küstenregion und für die Nutzbarmachung von Tiefenwasservorkommen in viele kleine *fincas* (Bauernhöfe) (vgl. Martínez Veiga 2001: 32f; Rivera Menéndez 2000: 40ff, 51). Die neuen Landbesitzer_innen aus der Alpujarra waren an widrige Bedingungen und die größtenteils durch Handarbeit zu bewirtschaftenden Parzellen gewöhnt (vgl. Martínez Veiga 2001: 85ff). Die Familien arbeiteten zunächst selbst auf den Parzellen (und später in den Treibhäusern) und beschäftigten nur in den Hochphasen zusätzliche Tagelöhner_innen. In Almería kamen diese bis Ende der 1980er Jahre oftmals aus der Alpujarra (vgl. Martínez Veiga 2001: 21). 1963 wurde das erste Treibhaus der Provinz in Roquetas de Mar errichtet. Diese Form der Landwirtschaft fand aufgrund der hohen Produktivität schnell Verbreitung in der gesamten Provinz (vgl. Martínez Veiga 2001: 23). Aktuell findet sich in Almería etwa ein Viertel der gesamten geschützten Anbaufläche der EU (vgl. Hartkemeyer 2007: 100), die sich

trotz eines Verbotes gegen die weitere Versiegelung des Bodens von 1984 bis heute ausbreitet (vgl. Decreto 177/1984; Hartkemeyer 2007: 100; Martínez Veiga 2001: 27). Auf diese Weise wurden aus armen Tagelöhner_innen in Almería kleine Agrarunternehmer_innen.

In anderen Provinzen Andalusiens wie beispielsweise Jaen (Olivenplantagen) oder Huelva (Erdbeerproduktion) blieb die Landwirtschaft größtenteils auf den Großgrundbesitz in den Händen weniger konzentriert (vgl. Giner/Sevilla 1984: 134; Reigada Olaizola 2012: 106). Das Thema Bodenreform wurde zwar von der neuen sozialistischen Regierung Anfang der 1980er Jahre zum Teil ihrer politischen Agenda erklärt (vgl. Watson 2005: 2), deren inkonsequente Umsetzung aber insbesondere von Parteien der Izquierda Unida (Vereinte Linke) und Gewerkschaften wie der SOC/SAT kritisiert (vgl. Nohlen/Hildenbrand 1992: 57f).

2. Das instrumentelle Verhältnis der Mehrheitsgewerkschaften zu *jornaler@s* in Andalusien

Für die *jornaler@s* brachte die *Transición* nur wenige Verbesserungen mit sich. Die Mehrheitsgewerkschaften orientierten nach dem Ende des *Franquismo* auf den Erhalt der parlamentarischen Monarchie und daher weniger auf konfliktive Aktionsformen als mehr auf eine Befriedung, eine Kontrolle der Spannungen. Dementsprechend ging es ihnen vor allem um eine Implementierung wohlfahrtsstaatlicher Elemente, als Instrument der Kontrolle der flexiblen *jornaler@s*. Diese Elemente veränderten sich im Verlauf der Zeit, die Einstellung der Mehrheitsgewerkschaften zu informellen Arbeitsverhältnissen hingegen nur wenig (vgl. Bernecker 1984: 123f; Izcará Palacios/Andrade Rubio 2004: 3f).

Allgemein ist die Gewerkschaftslandschaft in Spanien geprägt von den beiden tendenziell sozialdemokratisch orientierten Mehrheitsgewerkschaften CCOO (Arbeiterkommissionen) und UGT (Allgemeiner Zusammenschluss der Arbeiter_innen), die bei den Wahlen zu Betriebskomitees gemeinsam einen Anteil von 70 Prozent erreichen und seit den 1980er Jahren in der Regel in Aktionseinheit handeln (vgl. Baylos 2012: 88; Köhler/Calleja Jiménez 2013: 3; Nohlen/Hildenbrand 1992: 214). Jenseits dieser beiden großen gibt es kleine und oftmals radikalere sowie

einige starke regionale Gewerkschaften, wie beispielsweise die andalusische SOC/SAT (vgl. Baylos 2012: 84ff; Huke/Tietje 2014a: 532; Köhler/Calleja Jiménez 2014: 371). Während der allgemeine Organisationsgrad in Spanien 2010 bei etwa 18,9 Prozent lag, ist der Organisationsgrad von Frauen, jungen Beschäftigten, Immigrant_innen sowie Hochqualifizierten vergleichsweise niedrig. Dennoch war die Tarifabdeckung lange durch die spanische Allgemeinverbindlichkeitsregel mit 80 Prozent relativ hoch, da Tarifverträge für alle Betriebe des jeweiligen Sektors galten, diese sinkt aber seit der austeritären Krisenbearbeitung (vgl. Huke/Tietje 2014a: 532; Köhler/Calleja Jiménez 2013: 4).

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts wurde das Gemeinderecht verändert, große Teile des Gemeindelandes wurden günstig versteigert und privatisiert (vgl. Berger et al. 1978: 45.). Bis dahin bot das Gemeindeland den Tagelöhner_innen in lohnarbeitslosen Zeiten die Möglichkeit, durch Subsistenzanbau oder Jagd ihre Ernährung zu sichern (vgl. Berger et al. 1978: 43ff). Die Tagelöhner_innen forderten immer wieder das Land für diejenigen, die es bewirtschaften. Ihren Forderungen verliehen sie dabei mit Demonstrationen, Arbeitsniederlegungen und Landbesetzungen Nachdruck (vgl. Morales Ruiz 1997: 35; Oliver 2000: 138; Watson 2005: 8). Während in der zweiten Republik (1931–1936) mit Landumverteilungen zu ihren Gunsten reagiert wurde, wurden im *Franquismo* Tausende der andalusischen *jornaler@s* für ihre politischen Tätigkeiten bestraft sowie die vorherige Landverteilung wiederhergestellt und gesetzlich legitimiert (vgl. Oliver 2000: 137; Watson 2005: 9). Die gewerkschaftliche Vertretung der Landarbeiter_innen in Andalusien waren nach der *Transición* vor allem die FTT (ehemalige Teilgewerkschaft der UGT), die CCOO und die SOC/SAT (vgl. Morales Ruiz 1997: 32; Watson 2005: 12). Hier setzte insbesondere die FTT durch eine an Auflagen gebundene Arbeitslosenunterstützung auf die Kontrolle der *jornaler@s*, mittels derer es ihr gelang, den der PCE (Kommunistische Partei Spaniens) und ihrer maoistischen Abspaltung (PTE) nahestehenden Gewerkschaften Mitglieder und Unterstützung zu entziehen (vgl. Köhler 1993: 250; Watson 2005: 26ff).

Tatsächliche Verbesserungen für die Landarbeiter_innen konnten die (Mehrheits-)Gewerkschaften in der *Transición* nicht erreichen, da nicht die Ursachen, sondern lediglich die sichtbaren Konsequenzen der Landfrage mit der Arbeitslosenunterstützung angegangen worden waren (vgl. Berne-

cker 1984: 123f; Izcara Palacios/Andrade Rubio 2004: 3f). Die informellen Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft und der Bauindustrie nahmen in Andalusien historisch betrachtet auch vor der europäischen Finanzkrise 2008/09 kontinuierlich zu, und vor allem den Mehrheitsgewerkschaften gelang es nicht, in „informellen, prekären und umstrukturierten Arbeitsfeldern zu organisieren“ (Huke/Tietje 2014a: 533). Die SOC/SAT dagegen setzt zusätzlich zu klassischen Betriebsräten auch auf regionale Versammlungen und konnte auf diese Weise Arbeiter_innen jenseits der für viele Gewerkschaften obligatorischen Kriterien der festen Lohnarbeit und in der EU gültigen Papiere organisieren.

Die Teilgewerkschaft FTT war im Jahr 2001, mit weiteren Spartengewerkschaften der UGT, zur FITAG fusioniert. In Bezug auf die Landwirtschaft spielt diese Gewerkschaft vor allem für die Verhandlung der *convenios colectivos* (Tarifverträge) gemeinsam mit den CCOO eine Rolle: „Wir verhandeln die *convenios* für die Treibhäuser wie auch für die Abpackhallen. [...] Diese *convenios* gelten für vier Jahre“ (Interview FITAG-UGT Almería, 2014, Übers. OT). Die FITAG-UGT nimmt für sich in Anspruch, die Vertretung der Landarbeiter_innen zu organisieren, hat aber Schwierigkeiten mit der Organisation von irregulär beschäftigten Landarbeiter_innen (vgl. Köhler/Calleja Jiménez 2013: 17; Huke/Tietje 2014b: 376). Sie geht davon aus, dass solche Arbeitsverhältnisse in der Provinz nicht oder nur in sehr geringer Zahl vorkommen. Zu irregulär Beschäftigten, die oftmals illegalisiert in Andalusien leben (vgl. Izcara Palacios/Andrade Rubio 2004: 5), äußert sich die FITAG-UGT wie folgt: „Aktuell gibt es nur sehr wenige Papierlose in der Region und [...] wenn wir auf welche treffen, zeigen wir den Vorfall an“ (Interview FITAG-UGT Almería, 2014, Übers. OT). Die UGT scheint vor allem ein kontrollierendes, bürokratisches Verhältnis zur informellen Arbeit in der Landwirtschaft von Almería zu haben. Sie bezieht sich auf Gesetze und ihre Umsetzung, ohne deren Auswirkungen auf die Arbeiter_innen zu bedenken.

Für die CCOO steht ebenfalls der Status „rechtmäßig“ im Vordergrund: „Ja, eine undokumentierte Person, von der niemand weiß, dass sie hier ist, die ist, wie sagt man, unsichtbar!“ (Interview CCOO Almería 2013, Übers. OT). Die Referentin der CCOO Almería verwies im Interview vor allem auf die aus ihrer Perspektive bestehende Schwierigkeit, die irregulär arbeitenden Landarbeiter_innen erreichen zu können. Daran anschlie-

ßend führte sie aus: „Deswegen [...] denken wir, dass diese Personen, die hier sind, sich legalisieren müssen, und wir sind nicht für eine Immigration der offenen Türen. Wir wollen, dass es eine Immigration mit Rechten gibt“ (Interview CCOO Almería 2013, Übers. OT). Die Mehrheitsgewerkschaften fokussieren strategisch auf Rechte und die Notwendigkeit, diese einzuhalten. Auf diese Weise weisen sie die Verantwortung an die Arbeiter_innen zurück und entgehen der Verpflichtung, sie zu vertreten. Zugleich machen sie kontrollierte, formelle Arbeit zur notwendigen Vorbedingung für die gewerkschaftliche Unterstützung durch die Mehrheitsgewerkschaften.

Die SOC/SAT war etwa bereits seit den 1980er Jahren von den Tarifverhandlungen in der Landwirtschaft ausgeschlossen, aber gleichzeitig auch die wichtigste Gewerkschaft, die sich überhaupt für die Umsetzung der Tarifverträge einsetzte (vgl. Köhler 1993: 280):

„Wir haben eine andere Arbeitsweise [...] wir organisieren die Prekären. Auch jene, die sonst niemand organisiert. Unsere Linie ist es, auch die irregulären Arbeiter zu organisieren, die Immigranten, nicht wahr? Um auch für ihre Rechte zu kämpfen.“ (Interview SAT Sevilla 2012, Übers. OT)

In anderen Provinzen Andalusiens wie etwa Huelva suchten die Mehrheitsgewerkschaften gemeinsam mit der landwirtschaftlichen Gewerkschaft COAG, in der in erster Linie landbesitzende Bäuer_innen organisiert sind, nach Wegen, die (irregulären) Landarbeiter_innen zu kontrollieren (vgl. Reigada Olaizola 2012: 110). Das Modell der *contratación en origen* (Herkunftsverträge) – die Ende der 1990er Jahre zwischen den Mehrheitsgewerkschaften, den spanischen Verwaltungen und dem marokkanischen Staat verhandelte temporäre Arbeitsmigration – wurde besonders für die Erdbeerproduktion der Provinz Huelva eine wichtige Grundlage (vgl. Reigada Olaizola 2012: 110). Zu Beginn der landwirtschaftlichen Industrialisierung und der damit verbundenen Verbreitung von Erdbeerpflanzungen in der Provinz Ende der 1970er Jahre arbeiteten hier zunächst vor allem andalusische *jornaler@s* (vgl. Brodal 2005). Mit deren zunehmend wirkungsmächtigerer gewerkschaftlicher Organisation und sich global verbessernden Möglichkeiten, Lohnarbeiter zu finden, wurden ab den 1990er Jahren vermehrt (illegalisierte) Migrant_

innen beschäftigt (vgl. Brodal 2005; Izcara Palacios/Andrade Rubio 2004: 6; Observatorio Metropolitano 2011: 30f).

Der entscheidende Faktor war hier die flexible Vergabe der Arbeit, da die Produzent_innen in Huelva lediglich zur Pflanzung und Ernte besonders viele Arbeitskräfte benötigen, während der verbleibenden Zeit im Jahr jedoch nur einige wenige (vgl. Martínez Veiga 2001: 88, 117; Reigada Olaizola 2012: 108). Dementsprechend änderten die Produzent_innen wenig an dem Modus der Vergabe der Lohnarbeit oder dem Lohn: Diese blieb temporär an bestimmte Phasen geknüpft, der Lohn ausgesprochen niedrig, wurde nun aber an temporäre Arbeitsmigrant_innen vergeben (vgl. Reigada Olaizola 2012: 108). Die *contratación en origen* war und ist vor allem als ein kontrollierendes, ordnendes Modell von Migration zu verstehen (vgl. Reigada Olaizola 2012: 105), mit dessen Hilfe informelle Arbeiten teilformalisiert wurden. Im Kontext der Krise wurde dieses Konzept schließlich ausgesetzt, um Lohnarbeit für spanische Arbeiter_innen freizumachen (vgl. Tietje 2015b):

„Derzeit gibt es sie praktisch nicht mehr. Es gibt keine Kontingente mehr, wegen der Situation auf dem Arbeitsmarkt. [...] es muss immer auch der innere Arbeitsmarkt berücksichtigt werden. Derzeit gibt es eine Situation sehr hoher Arbeitslosigkeit, und es ist nicht, dass ... aus einer gewerkschaftlichen Perspektive favorisieren wir derzeit nicht die Einreise von Arbeiter_innen von außen.“

(Interview CCOO Almería 2013, Übers. OT)

Mittlerweile wird die *contratación en origen* zumindest in Teilen – wie etwa in der Region Huelva zur Erdbeerernte – wieder eingesetzt, da zum einen die Spanier_innen auch im Kontext hoher Arbeitslosigkeit nur wenig Interesse an der schweren Arbeit zeigen. Und zum anderen, wie der Direktor der die Immigrant_innen zu Fragen von *citizenship* unterstützenden NGO Almería Acoge im Interview ausführt, weil die Migrant_innen „viel einfacher auszubeuten sind. [...] es geht ja um eine sehr diskontinuierliche Arbeit, die noch dazu extrem schlecht bezahlt wird“ (Interview NGO Almería Acoge 2014, Übers. OT).

3. Eine „Reservearmee“ für die Gemüseproduktion?

In der Provinz Almería sind gegenwärtig beinahe das gesamte Jahr über etwa gleich viele Arbeiter_innen vor Ort – trotz der enorm schwankenden Hochphasen der Gemüseproduktion (vgl. Martínez Veiga 2001: 42f). Mit der europäischen Finanzkrise 2008/09 hat ihre Zahl aufgrund mangelnder Alternativen weiter zugenommen. Die hohe Anzahl der Arbeiter_innen in Zusammenspiel mit der niedrigen gewerkschaftlichen Organisierung und der schlechten gewerkschaftlichen Vertretung wirkt sich negativ auf die Löhne und Arbeitsbedingungen aus. Die Produzent_innen sparen infolgedessen besonders deutlich an den Löhnen und vor allem auch an Kranken- und Sozialversicherungen für die *jornaler@s* (vgl. Izcara Palacios/Andrade Rubio 2004: 6). Das, was Karl Marx und Friedrich Engels einstmals als „industrielle Reservearmee“ bezeichneten und vor allem auf die Situation der Arbeiter_innen in den englischen Großstädten des 19. Jahrhunderts bezogen (vgl. Marx/Engels 1962: 502), zeigt sich hier deutlich: die andauernde Verfügbarkeit der erwerbslosen Arbeiter_innen (vgl. Marx/Engels 1962: 661), die eine permanente Androhung der Erwerbslosigkeit für alle Arbeiter_innen sind (vgl. Altvater 2006: 198f; Marx/Engels 1962: 668). Diese kontrollierende Androhung und die daraus folgende geringe Organisierung der *jornaler@s* werden in gewisser Weise auch in der Provinz Almería sichtbar.

So hatte in Almería die *contratación en origen* aufgrund der beinahe das gesamte Jahr andauernden Produktion nur eine untergeordnete Rolle und wurde lediglich kurzzeitig und von wenigen Produzent_innen eingesetzt (vgl. Tietje 2015b). Und „derzeit machen sie es gar nicht mehr, denn es gibt genügend Arbeitskräfte hier“ (Interview NGO Almería Acoge 2014, Übers. OT). Die Produzent_innen benötigen vielmehr beinahe das gesamte Jahr über einige Arbeiter_innen, die die Pflanzen beim Wachsen begleiten, und weitere, die sie für die Hochphasen anwerben können (vgl. Martínez Veiga 2001: 42f). Aufgrund der relativen Nähe zum afrikanischen Kontinent und der damit verbundenen unmittelbaren Lage Almerías an den Migrationsrouten in die EU halten sich in der Provinz immer viele immigrierte Landarbeiter_innen auf, die ihre Arbeitskraft anbieten (vgl. Bonilla et al. 2011: 101, 104; Hartkemeyer 2007: 93ff).

Die immigrierten Tagelöhner_innen waren im Gegensatz zu den verbliebenen andalusischen *jornaler@s* lange Zeit nicht oder nur wenig gewerkschaftlich organisiert und widersetzten sich dementsprechend weniger den irregulären Arbeitsbedingungen (vgl. Islam 2008: 20; Reigada Olaizola 2012: 115f). Dies bedeutet allerdings nicht, dass die Arbeiter_innen gar nicht widerständig agieren. Ende der 1990er Jahre begannen diese sich gegen die Arbeitsbedingungen zu wehren (vgl. EBF/CEDRI 2000; Islam 2008: 23; Martínez Veiga 2001). Die Entstehung der Sektion der SOC/SAT in der Provinz Almería Anfang der 2000er Jahre ist beispielsweise auf Organisationsformen marokkanischer Arbeiter_innen zurückzuführen. Auch gegenwärtig wird immer wieder gestreikt, kommt es zu Arbeitsniederlegungen oder Besetzungen von *fincas* durch die Arbeiter_innen (vgl. Tietje 2015a; Tietje 2015b).

Vor der Krise der immobilienbasierten Akkumulation Spaniens war die Provinz Almería für viele Migrant_innen eher eine Station auf dem Weg in den Norden: „Also das Gebiet ist halt einfach eine pulsierende Lunge, die die Leute anzieht und wieder ausspuckt, weil sie halt sozusagen auf der Durchreise sind“ (Interview Journalistin 2013). Nach der Krise hat sich die Wanderungsrichtung allerdings gedreht und die Migrant_innen „kehrten in die Treibhäuser zurück“ (Interview CCOO Almería 2013, Übers. OT). In Almería werden in den Treibhäusern pro Hektar etwa zwei bis drei Arbeitskräfte benötigt – je nach Zeitpunkt und Pflanzung –, was bedeutet, dass zwischen 80.000 und 100.000 Menschen in den Treibhäusern arbeiten beziehungsweise zwischen ihnen leben (vgl. Hartkemeyer 2007: 102; Islam 2008: 22; Martínez Veiga 2001: 81). Vor der Krise war der Bausektor ein sicherer und verhältnismäßig gut bezahlter Lohnarbeitsbereich für viele Migrant_innen auch ohne in der EU gültige Papiere. In der Krise waren sie unter den ersten, die hier ihre Lohnarbeitsstellen verloren (vgl. Bonilla et al. 2011: 104). In der Folge machten sich insbesondere in Andalusien viele Migrant_innen in der Landwirtschaft auf die Suche nach einer Lohnerwerbsmöglichkeit und die „Reservearmee“ wuchs weiter an.

Die von der UGT und CCOO (mit)verhandelten *convenios colectivos* sichern den Arbeiter_innen in den Treibhäusern als ungelernete Hilfskräfte einen Stundenlohn von 5,84 € zu (vgl. Junta de Andalucía 2013: 58). Tatsächlich ausgezahlt wird dieser in vielen Fällen nicht. Die vielen

jornaler@s, die ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen, mit ihrer geringen gewerkschaftlichen Organisation bzw. das schwierige Verhältnis der Mehrheitsgewerkschaften zu vor allem illegalisierten Migrant_innen (vgl. Huke/Tietje 2014a: 532, 540ff) bedeuteten in der Folge nach der Krise eine eher zunehmende Verschlechterung der oftmals irregulären Arbeitsbedingungen besonders in der Provinz Almería. Auch wenn die Krise kaum Auswirkungen für die Produzent_innen mit sich brachte, hatte sie deutlichen Einfluss auf die Situation der *jornaler@s*. „Das hohe Angebot billiger Arbeitskraft“ (Interview CCOO Almería 2013, Übers. OT) macht es den Produzent_innen leicht, im Zusammenhang mit der geringen gewerkschaftlichen Organisation den Lohn weiter zu drücken (vgl. Hartkemeyer 2007: 105). Dennoch „hat die Krise die Rentabilität gesenkt. Und sie sinkt noch immer. Zugenommen hat die Ausbeutung“ (Interview NGO Almería Acoge 2014, Übers. OT). Wie viele der Arbeiter_innen betont auch Hamid Hazzaz diesen Aspekt besonders: „Wir arbeiten hier, irregulär, für Löhne [...] für sehr niedrige Löhne“ (Interview Hamid Hazzaz 2014, Übers. OT). Diese sanken im Verlauf der Krise weiter, was sich für viele der Arbeiter_innen insbesondere darin bemerkbar macht, dass sie vor der Krise noch ausreichend verdienten, um ihre nicht migrierten Verwandten zu unterstützen: „Früher konnten wir Geld schicken, heute nicht mehr“ (Interview Hamid Hazzaz 2014, Übers. OT).

Ressource	Almería	Niederlande
Arbeitskraft	4,38	15,55
Düngemittel	2,29	0,92
Heizung	0,00	8,69
Pestizide	3,66	0,92
Andere	3,67	1,84
Gesamt	14,00	27,92

Tabelle 1: Produktionskostenvergleich in Euro für 100 kg Tomaten zwischen Almería und den Niederlanden.

Quelle: Hartkemeyer 2007: 103, eigene Darstellung

Die niedrigen Löhne waren auch vor der Krise für die Produzent_innen das entscheidende Moment, um die relativ kostenintensive Produktion aufrechterhalten zu können. Ein Vergleich der Produktionskosten für Tomaten zwischen den Niederlanden und Almería zeigt beispielsweise, dass die in Almería etwa 50 Prozent niedrigeren Gesamtkosten vor allem durch die Faktoren Heizung und Arbeitskraft entstehen, während die Kosten für Düngemittel und Pestizide in Almería zum Zeitpunkt des Vergleichs sogar dreimal so hoch waren wie in den Niederlanden (vgl. Tabelle 1). Die Konkurrenzfähigkeit des landwirtschaftlichen Standortes Almería hängt eng mit niedrigen Löhnen und der Möglichkeit informeller Beschäftigungsverhältnisse zusammen, in denen die Produzent_innen vor allem irreguläre Arbeiter_innen einstellen, um die Kranken- und Sozialversicherungsbeiträge nicht zahlen zu müssen (vgl. Hartkemeyer 2007: 104f).

Die niedrigen Löhne für die Arbeiter_innen halten die Produzent_innen aktuell mit dem Argument der Krise und der daraus resultierenden allgemeinen Belastung aufrecht. Die ‚Reservearmee‘ der *jornaler@s* in der Provinz Almería wirkt als andauernde Androhung einer möglichen Lohnarbeitslosigkeit auf diejenigen der Arbeiter_innen, die eine Verdienstmöglichkeit gefunden haben, sodass die Organisation gegen diese Verhältnisse auf einem sehr niedrigen Level bleibt. Gefördert wird das insbesondere auch durch die negierende Haltung der Mehrheitsgewerkschaften und deren geringes Interesse, die *jornaler@s* gewerkschaftlich zu vertreten bzw. durch die damit verbundene Angst vor einem Verlust des Arbeitsplatzes. Im eklatanten Unterschied zu den vormals beschäftigten andalusischen Tagelöhner_innen werden die gegenwärtigen Landarbeiter_innen aktiv aus der Gesellschaft herausgedrängt. Besonders deutlich wird dies bei der Vergabe von Wohnraum ausschließlich an den äußersten Rändern der Städte, in abgeschlossenen Stadtteilen und im *campo* (landwirtschaftliche Produktionsfläche). Dort werden die Arbeiter_innen in den zu den Treibhäusern gehörenden *Cortijos* (Schuppen) und in aus Plastik- und Holzresten gefertigten Baracken untergebracht (vgl. EBF/CEDRI 2000: 60; Izcarra Palacios/Andrade Rubio 2004: 8).

4. *Jornaler@s* in Andalusien: Obst und Gemüse für Europa

Informelle Arbeit erscheint in Andalusien ‚traditionell‘. Die dortige Geschichte ist seit Jahrhunderten vom Antagonismus zwischen den Landbesitzenden und den landlosen Beschäftigten gekennzeichnet. Die im *latifundismo* installierten Mechanismen der normalisierten irregulären Arbeit der *jornaler@s* blieben über lange Zeiträume stabil und bestehen in Grundzügen weiterhin. Verändert haben sich lediglich die Rahmenbedingungen – bzw. sind andalusische *jornaler@s* unter Umständen selbst zu Unternehmer_innen geworden –, nicht aber die Arbeitsverhältnisse.

Die Mehrheitsgewerkschaften haben sich in Andalusien vor allem als Instrument der Kontrolle der *jornaler@s* erwiesen, indem sie zwar vordergründig für deren Interessen – etwa in Gestalt einer Arbeitslosenunterstützung – einstanden, ihre Rolle aber dazu nutzten, die Frage von Bodenreformen und Landumverteilungen gegenstandslos werden zu lassen. CCOO und UGT bestehen weiterhin darauf, die legitime Vertretung der Landarbeiter_innen zu sein und haben auf nationaler Ebene durchaus auch Diskursverschiebungen zugunsten der irregulären Landarbeiter_innen bewirkt, etwa in Bezug auf Gewerkschaftsbeteiligung (vgl. Schmidt/Schwenken 2006: 43). Ihre praktische Arbeit besteht aber in erster Linie darin, die *convenios colectivos* auszuhandeln. Die Überwachung ihrer Umsetzung dagegen wird von der SOC/SAT betrieben. Insofern ist die Arbeit der *jornaler@s* zwar prinzipiell geregelt, und zwar vor allem durch den Status der Tagelöhner_innen selbst. Sie bleibt aber dennoch in den meisten Fällen – vor allem in der Provinz Almería – andauernd informell.

Die Verschiebung der Tätigkeiten von andalusischen Tagelöhner_innen zu immigrierten Landarbeiter_innen bedeutete für diese Arbeiter_innen lange Zeit – wenn auch unter widrigen Bedingungen –, die Möglichkeit, zumindest so viel Geld zu verdienen, dass sie davon auch welches zu ihren Verwandten schicken konnten. Für die Agrarunternehmer_innen sichert ihre Arbeit weiter die Möglichkeit, günstig nach Nordeuropa zu exportieren. Mit der Krise verschlechterte sich die Situation der *jornaler@s* aufgrund der sich erhöhenden Anzahl der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte deutlich und erschwerte die Möglichkeiten organisierter Proteste weiter. Infolgedessen senkten die Produzent_innen die Produktionskosten zulasten der Arbeiter_innen. Perspektivisch hat

die europäische Austeritätspolitik in Spanien die Errichtung informeller Strukturen erleichtert (vgl. Huke/Tietje 2014b: 372), sodass zukünftig mit einem weiteren Anstieg der Tätigkeiten in diesem Sektor zu rechnen ist.

I Für kritische Kommentare und Anmerkungen zu einer früheren Version dieses Artikels möchte ich mich bei Nikolai Huke, Björn Nagel und den drei anonymen Gutachter_innen bedanken.

Literatur

- Altvater, Elmar (2006): Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Baylos, Antonio (2012): ¿Para qué sirve un sindicato? Instrucciones de uso. Madrid: Los Libros de la Catarata.
- Berger, Hartwig/Heßler, Manfred/Kavemann, Barbara (1978): ‚Brot für heute, Hunger für Morgen‘. Landarbeiter in Südspanien. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bernecker, Walther (1984): Spaniens Geschichte seit dem Bürgerkrieg. München: C.H. Beck.
- Bonilla, Domingo/Belmonte, Luis J./Román, Isabel M. (2011): Estudio socioeconómico de las condiciones de vida de la población extranjera en España: el caso particular de Almería. In: *European Journal of Education and Psychology* 4 (2), 87-107.
- Brodal, Sissel (2005): Andalusien: Das rote Goldfieber. In: *Archipel* 4 (127). <http://www.forumcivique.org/de/artikel/andalusien-das-rote-goldfieber>, 21.08.2015.
- BMELV – Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2013): Länderbericht Spanien. Berlin: BMELV.
- Centellas Soler, Miguel/Ruiz García, Alfonso/García-Pellicer López, Pablo (2009): Los pueblos de colonización en Almería. Arquitectura y desarrollo para una nueva agricultura. Almería: Colegio Oficial de Arquitectos de Almería.
- EBF/CEDRI – Europäisches BürgerInnenforum (2000): Anatomie eines Pogroms, z.B. El Ejido. Bericht einer Delegation europäischer Bürgerinnen und Bürger über die rassistischen Ausschreitungen vom Februar 2000 in Andalusien. Basel: EBF/CEDRI.
- Junta de Andalucía (2013): Consejería de Economía, Innovación, Ciencia y Empleo (Convenio Colectivo).
- Giner, Salvador/Sevilla, Eduardo (1984): Spain: From Corporatism to Corporatism. In: Williams, Allan M. (Hg.): *Southern Europe transformed. Political and economic change in Greece, Italy, Portugal, and Spain*. London: Harper & Row, 113-144.
- Hartkemeyer, Tobias (2007): Marrokanische Arbeitskräfte in Almerías Gewächshäusern. Der wirtschaftliche Aufschwung einer marginalen Region und seine

- sozialen Kosten. In: Knerr, Béatrice (Hg.): Vorweggenommene Erweiterungen. Wanderungsbewegungen aus Grenzgebieten in die EU. Kassel: Kassel Univ. Press, 85-120.
- Huke, Nikolai/Tietje, Olaf (2014a): Gewerkschaftliche Erneuerungen in der Eurokrise. Neue Organisationsformen der spanischen Gewerkschaften im Rahmen des Protestzyklus 15M. In: Prokla - Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 44 (177), 531-548.
- Huke, Nikolai/Tietje, Olaf (2014b): Zwischen Kooperation und Konfrontation. Machtressourcen und Strategien der spanischen Gewerkschaften CCOO und UGT in der Eurokrise. In: Industrielle Beziehungen – Zeitschrift für Arbeit, Organisation und Management 21 (4), 371-389.
- Islam, Shelina (2008): Gekentert im Plastikmeer. Eine Reportage über die Arbeitsbedingungen der TagelöhnerInnen in Almería. In: No Lager Bremen und Europäisches BürgerInnenforum (Hg.): Peripherie und Plastikmeer. Globale Landwirtschaft – Migration – Widerstand. Wien, 20-23.
- Izcara Palacios, Simón Pedro/Andrade Rubio, Karla Lorena (2004): Inmigración y Trabajo Irregular en la Agricultura: Trabajadores Tamaulipecos en Estados Unidos y Jornaleros Magrebíes en Andalucía. In: Mundo Agrario. Revista de Estudios Rurales 4 (8), 1-18.
- Köhler, Holm-Detlev (1993): Spaniens Gewerkschaftsbewegung. Demokratischer Übergang – Regionalismus – Ökonomische Modernisierung. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Köhler, Holm-Detlev/Calleja Jiménez, José Pablo (2013): Die Gewerkschaften in Spanien. Organisation, Rahmenbedingungen, Herausforderungen. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Köhler, Holm-Detlev/Calleja Jiménez, José Pablo (2014): Spanien: Massenmobilisierungen gegen das Austeritätsdiktat. In: WSI-Mitteilungen 67 (5), 369-377.
- Martínez Veiga, Ubaldo (2001): El Ejido. Discriminación, Exclusión Social y Racismo. Madrid: Los Libros de la Catarata.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1962): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Band 1. Berlin: Dietz.
- Morales Ruiz, Rafael (1997): Desarrollo y transformaciones históricas en el Sindicato de Obreros del Campo (1976–1994). In: Sociología del Trabajo 22 (32), 31-52.
- Morales Ruiz, Rafael (2000): Aproximación a la Historia del Sindicato de Obreros del Campo de Andalucía. In: González de Molina, Manuel (Hg.): La Historia de Andalucía a Debate. Una Revisión Historiográfica. Rubí: Anthropos, 179-206.
- Nohlen, Dieter/Hildenbrand, Andreas (1992): Spanien. Wirtschaft – Gesellschaft – Politik. Opladen: Leske & Budrich.
- Observatorio Metropolitano (2011): La crisis que viene. Algunas notas para afrontar esta década. Madrid: Traficantes de Sueños.
- Oliver, Miguel Gómez (2000): El Movimiento Jornalero Durante la Transición. In: González de Molina, Manuel (Hg.): La Historia de Andalucía a Debate. Una Revisión Historiográfica. Rubí: Anthropos, 135-158.

- Reigada Olaizola, Alicia (2012): Más allá del discurso sobre la ‚inmigración ordenada‘: contratación en origen y feminización del trabajo en el cultivo de la fresa en Andalucía. In: *Política y Sociedad* 49 (1), 103-122.
- Rivera Menéndez, José (2000): *La Política de Colonización Agraria en el Campo de Dalías (1940–1990)*. Almería: Escobar Impresores.
- Schmidt, Verena/Schwenken, Helen (2006): Irreguläre Migration und Gewerkschaften im internationalen Vergleich. In: *WSI-Mitteilungen* 59 (1), 41-46.
- Secretaría General Técnica (2014): *Avances Diciembre 2014. Superficies y Producciones de Cultivos*. http://www.magrama.gob.es/es/estadistica/temas/estadisticas-agrarias/agricultura/avances-superficies-producciones-agricolas/Cuaderno_Diciembre2014_tcm7-361366.pdf, 21.08.2015.
- Tietje, Olaf (2015a): Im Treibhaus wächst der Eigensinn. *Methode(n), Migration und Widerstand*. In: *sub\urban* 3 (1), 135-144.
- Tietje, Olaf (2015b): Produktive Flexibilität und Eigensinn. Die Räume einer vergeschlechtlichten Segregation in der Agrikultur Andalusiens. In: Lehmann, Sonja/ Müller-Wienbergen, Karina/Thiel, Julia Elena (Hg.): *Neue Maschen, alte Muster? Interdisziplinäre Perspektiven auf die Verschränkungen von Geschlecht und Raum*. Bielefeld: Transcript, i.E.
- Watson, Sara E. (2005): *Parties and the Welfare State in Late Development: Land, Social Policy, and the Solution to Southern Spain’s Agrarian Social Question*. Annual Conference of the ISA. Chicago, 08.09.2005. <http://www.northwestern.edu/rc19/Watson.pdf>, 27.03.2015.

Abstract

Der Artikel setzt sich mit den Kontinuitäten informeller Arbeitsbedingungen in der andalusischen Landarbeit auseinander. In diesem Kontext werden die Verhältnisse zwischen (Mehrheits-)Gewerkschaften, informeller Arbeit, Migration und der Produktion von Gemüse in den Fokus der Analyse gerückt. Hierbei werden historische Bezüge mit aktuellen empirischen Daten verknüpft und auf diese Weise Verschiebungen in der informellen Arbeit rekonstruiert. So ist für die andalusischen Obst- und Gemüseexporte trotz Modernisierung und Industrialisierung die Handarbeit vieler häufig irregulär beschäftigter, meist immigrierter Arbeitskräfte der Garant geblieben. Die Rolle der Mehrheitsgewerkschaften ist in diesem Kontext ambivalent und oftmals auf die Kontrolle der Verhältnisse orientiert.

This article focusses on the continuities of the informal labour conditions in the field of Andalusian farm labour. In this context, it particularly examines the relations between the (majoritarian) trade unions, informal labour, migration, and the production of vegetables. Necessarily, the analysis combines historical contexts with contemporary empirical data in order to reconstruct the shifts in the informal labour arena. For instance, the manual labour of often irregularly employed immigrant workers is still – despite modernisation and industrialisation – the enabling factor for Andalusian fruit and vegetable exportation. The majoritarian trade unions position themselves ambivalently and are often oriented towards securing political power.

Olaf Tietje
Universität Kassel
olaf.tietje@uni-kassel.de